Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz. nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 267 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 16. November 1931

Spitze Bemerkungen.

Mit einiger Genugtuung, wenn man will: sogar mit einer allerdings etwas wehmutsvollen Freude mag man in der deutschen Öffentlichkeit die durchaus nicht zurückhaltende Kritik aufgenommen haben, die bei der Adreßdebatte im Englischen Unterhaus der eigentliche Sieger im Wahlkampf, Baldwin, gegen das Reparationssystem und gegen die ganze Politik in dieser Frage richtete. Baldwin ist ja seit langen Jahren Führer der Konservativen, war selbst in der entscheidungsvollen Zeit zwischen 1925 und 1928 englischer Ministerpräsident und hält nun als Mitglied des Kabinetts Macdonald eine Rede, die geradezu angefüllt ist mit „Spitzen“ gegen Frankreichs offizielle Politik. Das ist immerhin bemerkenswert für einen englischen Konservativen in politisch derart verantwortlicher Stellung! Trotzdem spricht aus einer ganzen Reihe dieser „spitzigen“ Sätze eine gar nicht mehr verhüllte Resignation: England ist nicht in der Lage, gegenüber diesem „Zusammenbruch aller bestehenden Abkommen“ nun selbst etwas zu tun. „Unsere Initiative könnte im Augenblick, so merkwürdig es erscheinen mag, nicht allen Nationen willkommen sein.“ Man weiß natürlich im ganzen Unterhaus sehr genau, für wen diese Initiative unwillkommen wäre! Dazu bedarf es weiter keines Rätselratens. Und wir Deutsche verzeichnen außerdem noch mit einiger Genugtuung, daß der Konservative Baldwin das Wort wieder aufnimmt, das der damalige Ministerpräsident und Führer der Arbeiterpartei, Macdonald, auf der Londoner Konferenz am Juli dieses Jahres gesprochen hat: Die Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse in Deutschland liege im Interesse der ganzen Welt. Aber das alles sind eben nur Worte geblieben, denen irgendwelche Taten zuerst nicht folgten, dann schließlich auch nicht folgen konnten, als Frankreich mit seinen goldenen Kugeln erst den englischen, dann den amerikanischen Widerstand zusammenschoß. Und es werden daher auch weder von London noch von Washington aus Taten folgen, so notwendig eine Initiative von jenen beiden Seiten auch wäre und so sehr man dort auch die Notwendigkeit einer solchen Initiative erkannt und anerkennt. Sie ist eben „nicht allen Nationen willkommen!“

Die beiden angelsächsischen Mächte sehen mit verschränkten Armen zu, was zwischen Paris und Berlin sich in den nächsten Wochen abspielt. Und doch braucht diese augenblickliche Passivität durchaus keine endgültige zu sein, kann sie doch eines Tages zu einer keineswegs bedeutungslosen Initiative werden. Denn Vertreter Englands und Amerikas, dann auch des unsere Lage mit vielem Verständnis beurteilenden Italiens werden ja in dem Sachverständigenausschuß sitzen, dessen Einberufung gemäß dem Young-Plan recht bald von der deutschen Regierung herbeigeführt werden dürfte. Hier soll nur finanziell, nur wirtschaftlich darüber geurteilt werden, wie es mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands für einen Teil der Young-Plan-Jahresleistungen bestellt ist. Gewiß ist dieses Urteil, werden die von diesem Ausschuß vorzuschlagenden Maßnahmen eben nur Anregungen sein, die für die Regierungen unserer Gläubigerstaaten nicht verbindlich sein sollen. Aber sie besitzen doch ein unbestreitbares Schwergewicht, das sich doch nicht so ohne weiteres wird beiseiteschieben lassen. Offenbar verschließt man sich auch in Paris dem schon heute doch nicht so ganz! Und wenn ergänzend noch eine zweite Sachverständigenarbeit ohne Begrenzung ihres Untersuchungsgebietes den ganzen wirtschaftlichen und finanziellen „Status“ Deutschlands prüft, dann wird jenes Schwergewicht für die im Nebel der Zukunft auftauchende internationale Reparationskonferenz noch verstärkt werden.

Laval selbst hat ja verlangt, erst müsse einmal der Bericht jenes Sachverständigenausschusses des Young-Planes abgewartet werden, ehe man sich weitere Schritte überlegen könne, die die „Anpassung der internationalen Schuldenverpflichtungen an die wirtschaftliche Depression“ herbeiführen sollen. Das liegt also in einer noch ungewissieren Zukunft, die außerdem verdunkelt wird durch die strikte Weigerung Frankreichs, auf unsere durch die Milliardenkriegskredite und den schließlichen Ablauf des Stillhalteabkommens bestimmte Lage irgendwelche Rücksicht zu nehmen. Laval ist in seiner Rede vor der Senatskommission der Finanzen und Auswärtigen Angelegenheiten sogar noch weiter gegangen; er hat ausdrücklich erklärt, daß eine französische Anleihehilfe für Deutschland gar nicht in Frage komme. Das richtet sich namentlich gegen einen von belgischer Seite stammenden Plan, einen Teil der kurzfristigen deutschen Schulden zu konsolidieren, sie also in langfristige umzugestalten. Laval hat auch mitgeteilt, warum er diese Ablehnung ausgesprochen hat: Weil Brüning auf die von Frankreich gewünschten politischen Bindungen und Bedingungen nicht hat eingehen wollen. Und diese sind deutsche Verzichtserklärungen auf jeden Versuch des Zusammenschlusses mit Österreich und auf Revision unserer Ostgrenzen. Außerdem wurde von uns eine „moralische Abrüstung“ verlangt. Wir sollen auch innerlich, vor allem natürlich äußerlich, uns jedem Protestes gegen das enthalten, was man kurz als das „System von Versailles“ bezeichnen kann. Es gibt niemanden in Deutschland, der die Ablehnung solcher Bedingungen nicht billigt.

Das Ergebnis der Wahlen in Hessen.

Gewaltige Erfolge der Nationalsozialisten.

Neuer Hessischer Landtag.

In Hessen haben am Sonntag die Neuwahlen zum Landtag stattgefunden. Den Wahlen ging ein scharfer Kampf voraus. Alle Parteien hatten ihre Führer nach Hessen geholt, wo sie in Riesenwahlversammlungen gesprochen haben. Für das Zentrum hatte Reichskanzler Dr. Brüning das Wort ergriffen, für die Deutschnationalen der Parteiführer Hugenberg gesprochen. Die Nationalsozialisten hatten ihren Führer Hitler nach Darmstadt geholt; für die Volkspartei hatte Dr. Dingeldey, der in Darmstadt seinen Wohnsitz hat, gesprochen, und die Staatspartei hatte sich den Reichsfinanzminister Dr. Dietrich als Hauptwahlredner verschrieben. Schon aus dem Aufmarsch dieser politischen Führer geht hervor, daß es sich bei den Wahlen in Hessen nicht allein darum handelte, wie und durch wen das Land künftig regiert werden soll. Es ging vielmehr bei diesen Neuwahlen auch um große machtpolitische Auseinandersetzungen über die Reichspolitik.

Um die feste Zahl der 70 Mandate, über die der Hessische Landtag verfügt, kämpften nicht weniger als dreizehn Parteien. Die Linke marschierte in sechs Gruppen auf, zu denen die Kommunisten, kommunistische Opposition, die Sozialdemokraten, Sozialistische Arbeiterpartei, die radikalen Demokraten und die Staatspartei gehören. Außerdem bewarben sich um die Gunst der Wähler das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, der Christlichsoziale Volksdienst, die Volksrechtspartei, der Bauernbund, die Deutschnationale Volkspartei und die Nationalsozialisten.

Der alte Landtag war am 13. November 1927 gewählt worden und hat nach einer Legislaturperiode von vier Jahren jetzt sein natürliches Ende gefunden. In ihm waren vertreten die Sozialdemokraten mit 24 Mandaten, das Zentrum mit 13, der Hessische Landbund mit 9, die Deutsche Volkspartei mit 7, die Demokraten mit 5, die Kommunisten mit 6, die Deutschnationalen mit 3 und die Volksrechtpartei ebenfalls mit 3 Mandaten.

Aus diesen Parteien hatte sich die sogenannte Weimarer Koalition gebildet, die also aus Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten bestand, und die in den letzten vier Jahren in Hessen ununterbrochen regiert hat. Die Wahlbeteiligung zum alten Landtag war nur sehr gering, sie betrug nur etwa 50 Prozent der Wahlberechtigten. Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 hatten die Parteien schon bedeutend mehr Wähler auf die Beine gebracht, und der Ausfall der Reichstagswahlen hatte gezeigt, daß ein Weiterregieren der Weimarer Koalition in Hessen unmöglich war, da die Parteien der Weimarer Koalition nur etwa die gleiche Stimmenzahl wie die Oppositionsparteien erhalten hatten.

*

Das Gesicht des neuen Landtages.

Bei den Landtagswahlen in Hessen erzielten die einzelnen Parteien folgende Mandate (in Klammern die bisherigen Sitze nach der Landtagswahl 1927): SPD. 15 (24), Zentrum 10 (13), Kommunisten 10 (6), Kommunistische Opposition 1 (—), Deutsche Volkspartei 1 (7), Staatspartei 1 (5), Radikaldemokraten 0 (—), Christlich-Sozialer Volksdienst 1 (—), Volksrecht 0 (3), Hessisches Landvolk 2 (9), Deutschnationale Volkspartei 1 (3), Sozialistische Arbeiterpartei 1 (—), Nationalsozialisten (NSDAP.) 27 (—).

*

Die mit Spannung erwarteten Landtagswahlen in Hessen zeigen, daß die nationalsozialistische Bewegung immer noch in der Zunahme begriffen ist. Seit den letzten Reichstagswahlen im September 1930 haben sich die Stimmen der Nationalsozialisten mehr als verdoppelt. Ihren Wählerzuwachs haben sie zum Teil aus der Sozialdemokratie geholt, zum Teil aus den Mittelparteien und den Bauernparteien; so in Oberhessen, wo der Hessische Landbund fast zwei Drittel der Stimmen verloren, und die NSDAP. sich fast verdreifacht hat. Am auffallendsten sind die Verluste der Sozialdemokraten, der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei. Die Sozialdemokraten und die Staatspartei, die mit dem Zentrum zusammen seit 1918 die Regierung gebildet haben, mußten büßen, das Zentrum dagegen hat sich trotz seiner Regierungsverantwortung auffallend gut behauptet, ja, es kann sogar Gewinne verzeichnen. Ein Teil der sozialdemokratischen Verluste ist den Kommunisten zugute gekommen, die überall starken Zuwachs erhielten. Während Staatspartei und Volkspartei schwer gelitten haben, konnten sich die Deutschnationalen gut behaupten. Der neue Landtag hat nun ein völlig verändertes Aussehen. Die Mehrheit der Weimarer Koalition ist völlig zerschlagen und dementsprechend wird auch die jetzige Regierung gezwungen sein, ihren Rücktritt zu erklären.

Amtliches Gesamtergebnis.

Das amtliche Wahlbüro teilt folgendes Gesamtergebnis mit: (In Klammern Ergebnis der Reichstagswahl 1930): SPD. 168 299 (215 747), Zentrum 112 440 (104 246), Kommunisten 106 775 (84 513), Kommunistische Opposition 14 954 (—), Deutsche Volkspartei 18 325 (49 929), Staatspartei 10 793 (38 829), Radikaldemokraten 4617 (—), Chr. Sozialer Volksdienst 16 712 (19 086), Volksrecht 1529 (4702), Hessisches Landvolk 20 776 (57 575), Deutschnationale Volkspartei 10 857 (11 902), Sozialistische Arbeiterpartei 8177 (—), NSDAP. 291 189 (137 989).

Wichtige Einzelergebnisse.

Bei den Landtagswahlen in Hessen wurden nachstehende Einzelergebnisse erzielt, wobei die erste der eingeklammerten Zahlen das Ergebnis der Landtagswahl 1927 und die zweite das der Reichstagswahl 1930 darstellt. Wo nur eine Vergleichs-Zahl angegeben ist, bezeichnet diese das Reichstagswahlergebnis 1930.

Provinz Oberhessen: SPD. 48 342 (51 399), Zentrum 9474 (8333), Kommunisten 16 537 (10 532), Kommunistische Opposition 891 (—), DVP. 5615 (10 283), Staatspartei 2558 (8320), Radikaldemokraten 1293 (—), Christlich-Sozialer Volksdienst 4391 (5731), Volksrecht 401 (719), Hessischer Landbund 11 324 (20 362), Deutschnationale 4041 (4076), Soz. Arbeiterpartei 2052 (—), NSDAP. 96 331 (35 033).

Provinz Starkenburg: SPD. 82 833 (109 126), Zentrum 50 637 (47 609), Kommunisten 61 933 (53 507), Kommunistische Opposition 12 898 (—), DVP. 7615 (24315), Staatspartei 4200 (13 928), Radikaldemokraten 2271 (—), Christlich-Sozialer Volksdienst 7399 (7149), Volksrecht 3611 (2717), Hessischer Landbund 7165 (16849), Deutschnationale 4155 (4626), Soz. Arbeiterpartei 3516 (—), NSDAP. 120 658 (63 577).

Provinz Rheinhessen: SPD. 43 344 (55 212), Zentrum 52 658 (48 304), Kommunisten 30 106 (20 447), Kommunistische Opposition 1244 (—), DVP. 6134 (15 331), Staatspartei 4586 (16 581), Radikaldemokraten 1339 (—), Christlich-Sozialer Volksdienst 5456 (6206), Volksrecht 391 (1266), Hessischer Landbund 2297 (11 364), Deutschnationale 3582 (3200), Soz. Arbeiterpartei 2795 (—), NSDAP. 83 270 (39 371).

Stadt Mainz: SPD. 18 264 (15 482, 25 396), Zentrum 19 366 (11 401, 15 714), Kommunisten 13 222 (3 010, 9 278), Kommunistische Opposition 857 (—, —), DVP. 1735 (3278, 3909), Staatspartei 1910 (5646, 8407), Radikaldemokraten 325 (—, —), Christlich-Sozialer Volksdienst 2296 (—, 2737), Volksrecht 192 (2507, 485), Hessischer Landbund 360 (361, 833), Deutschnationale 1584 (1765, 1302), Soz. Arbeiterpartei 1746 (—, —), NSDAP. 23 992 (—, 12 111).

Stadt Darmstadt: SPD. 12 465 (Reichstag 1930: 15 536), Zentrum 3944 (3532), Kommunisten 6579 (3987), Kommunistische Opposition 236 (—), DVP. 2789 (9089), Staatspartei 935 (3602), Radikaldemokraten 849 (—), Christlich-Sozialer Volksdienst 1607 (1681), Volksrecht 270 (752), Hessischer Landbund 66 (135), Deutschnationale 1377 (1405), Soz. Arbeiterpartei 366 (—), NSDAP. 25 832 (13 341).

Stadt Gießen: SPD. 4240 (Reichstag 1930: 5040), Zentrum 988 (925), Kommunisten 1879 (1730), Kommunistische Opposition 79 (—), DVP. 1038 (2637), Staatspartei 524 (1500), Radikaldemokraten 81 (—), Christlich-Sozialer Volksdienst 534 (634), Volksrecht 111 (221), Hess. Landbund 26 (61), Deutschnational 924 (840), Sozialistische Arbeiterpartei 161 (—), NSDAP. 9013 (3714).

Was die französische Presse dazu sagt.

Paris, 16. November. Die Landtagswahlen in Hessen geben der französischen Rechtspresse wieder Gelegenheit, gegen die Reichsregierung zu Felde zu ziehen und alle anderen Nationen aufzufordern, mit dem Kabinett Brüning vorsichtig zu Werke zu gehen. Die anderen Blätter unterstreichen den außerordentlichen Fortschritt der Nationalsozialisten, ohne jedoch schon eingehend die Bedeutung des großen Sieges der Hitler-Partei zu würdigen.

Mißerfolg des Volksentscheides in Braunschweig.

135 000 kommunistische Stimmen zu wenig.

Der kommunistische Volksentscheid zur Auflösung des Braunschweigischen Landtages hat bei 352 724 Stimmberechtigten nur 41 289 Ja-Stimmen erzielt, während die zur Annahme des Volksentscheides erforderliche Mehrheit 176 363 Stimmen beträgt. Beim Volksbegehren am 28. Juni waren 36 079 Ja-Stimmen abgegeben worden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF